

UNTERM STRICH

Sind Sozis die besseren Marktwirtschaftler?

Börsen-Zeitung, 24.9.2016

Das Signal kann deutlicher nicht sein, wenn die Ludwig-Erhard-Stiftung allein in den vergangenen drei Jahren zweimal ihren Preis für Wirtschaftspublizistik an einst führende sozialdemokratische Politiker verleiht, man einen Parteifreund und des Stiftungsgründers und Namensgebers Ludwig Erhard als Preisträger in den Annalen aber vergeblich sucht. Hat Ludwig Erhard, hat die Soziale Marktwirtschaft in der CDU keine Anhänger mehr? Gibt es keine Unionspolitiker, die sich in Regierungsverantwortung an den politischen Grundsätzen des legendären Wirtschaftsministers orientieren und ihm erfolgreich nacheifern?

Preis oder Wahl gewinnen?

Die fehlende Auszeichnung von CDU-Granden allein auf jenen Pragmatismus zurückzuführen, der in Helmut Kohls Spruch gipfelte: „Ich will nicht den Ludwig-Erhard-Preis gewinnen, sondern die nächsten Wahlen“, wäre zu einfach. Auch Gerhard Schröder, Preisträger des Jahres 2016 (vgl. BZ vom 22. September) und Wolfgang Clement, Preisträger des Jahres 2014, wollten Wahlen gewinnen. Für die amtierende Bundeskanzlerin gehörte es insbesondere vor ihrem Wahlsieg über Gerhard Schröder im Jahr 2005 zum Standardrepertoire, sich auf das Erbe Ludwig Erhards zu berufen und es wiederbeleben zu wollen. Auch noch im Dezember 2015 beim Parteitag in Karlsruhe stellte sich Angela Merkel in eine Reihe mit Erhard. Doch Bekenntnisse und tatsächliche Politik scheinen bei Merkel immer stärker auseinanderzufallen beziehungsweise eher zufällig mal übereinzustimmen. Nur bei Angela Merkel? Nein, bei regierenden Politikern generell, und das hat mit der Notwendigkeit in der Politik zu Kompromissen zu tun, zumal in Koalitionsregierungen.

Schröder und Clement

Auch die Erhard-Preisträger Schröder und Clement, ausgezeichnet für ihre „Agenda 2010“- und die „Hartz“-Reformen, haben in Regierungsverantwortung keineswegs so erfolgreich und prinzipientreu marktwirtschaftliche Politik und Reformen betrieben, wie dies ein Jahrzehnt später manchem in der Rückschau erscheint. Un-

ter Schröders Kanzlerschaft ist die Massenarbeitslosigkeit nicht – wie versprochen – verringert worden, sondern stetig geklettert. Und die Verschuldung der öffentlichen Haushalte wuchs ungebremst, weshalb Deutschland als erstes Land das Maastrichter Neuverschuldungskriterium verletzte und das Tor für die Disziplinlosigkeit anderer Staaten öffnete.

Weil die SPD damals Gerhard Schröder nicht mehr folgen wollte, setzte er bekanntlich vorgezogene Neuwahlen an, um sich ein neues Mandat für seine Reformagenda zu holen. Das ging schief mit der Folge, dass die SPD seither als Juniorpartner zweier schwarz-roter Koalitionen unter Merkels Führung alles daransetzte, Teile der Agenda-Reformen zurückzudrehen.

Warum wurde Schröders Reformagenda trotzdem ein Erfolg, brachte die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands entscheidend voran und wirkt bis heute? Erstens, weil Schröder fest von sich und seiner Wiederwahl überzeugt war und deshalb an seiner Reformpolitik trotz innerparteilicher Widerstände festhielt. Zweitens, weil andere Regierungen nicht wagten, ihren Bürgern ähnliche Reformen zuzumuten, zumal nach Schröders Abwahl. Drittens, weil es die Währungsunion gab. Der Euro verhinderte, dass Deutschland der Zugewinn an Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit durch Währungsabwertungen anderer europäischer Länder wieder genommen werden konnte. Und der Euro und die von den Märkten unterstellte Haftungsgemeinschaft bescherten den anderen Euro-Ländern deutlich niedrigere Zinsen und somit Spielräume für Konsum und höhere Verschuldung. Davon profitierte wiederum Deutschland als Exportnation, wobei die verbesserten Terms of Trade auch außerhalb der Eurozone, insbesondere im Wachstumsmarkt China, die Auftragsbücher füllten.

Schützenhilfe vom Euro

Die Währungsunion wirkte wie ein Kartell, von dem der größte und margenstärkste Teilnehmer naturgemäß am meisten profitiert. Schon vor Einführung des Euro konnten viele Länder ihre Rückstände in der Produktivität nur durch Währungsabwertungen ausgleichen, und das auch nur vorübergehend. Für Strukturreformen

fehlten Wille und politische Durchsetzungskraft. In der Eurozone war die Möglichkeit zur Abwertung genommen. Höhere Wettbewerbsfähigkeit geht seither nur über Produktivitätssteigerungen, wie sie beispielsweise durch moderate Tarifabschlüsse und Strukturreformen am Arbeitsmarkt erreicht werden können. Sie unterblieben aber weitgehend, auch in Deutschland bis zur Agenda 2010. Und in Deutschland glaubte Schröder, die Reformen mit sozialen Wohltaten flankieren zu müssen. Zu Ausgabenkürzungen konnten sich Schröder und sein Finanzminister Hans Eichel seinerzeit nicht durchringen, der Bruch von Maastricht war programmiert.

Dass ohne Maastricht-Verstoß die Agenda 2010 politisch gar nicht möglich gewesen wäre, wie Schröder heute behauptet, ist unwahrscheinlich. Sein Amt als Bundeskanzler hat es ihn so oder so gekostet. Ob man eine Politik, die den vorsätzlichen Verstoß gegen vereinbarte Regeln und ordnungspolitische Grundsätze in Kauf nimmt, mit dem Erhard-Preis auszeichnen sollte, ist Sache der Jury. Wer die reine Lehre im Blick hat, wird den Preis vermutlich nie an Politiker vergeben dürfen, jedenfalls nicht an erfolgreiche.

Mit Blick auf Ludwig Erhard, dessen Zeit als Bundeskanzler bekanntlich keine Erfolgsstory war und der an fehlender eigener Durchsetzungsfähigkeit wie auch am mangelnden Rückhalt in der eigenen Partei scheiterte, sollte nicht der vermeintliche oder tatsächliche Erfolg einer Wirtschaftspolitik das Kriterium sein. Erhards Vermächtnis ist die Orientierung an marktwirtschaftlichen Prinzipien und die Verknüpfung größtmöglicher individueller Freiheit mit einem verlässlichen, auf sozialen Ausgleich bedachten staatlichen Ordnungsrahmen.

.....
c.doering@boersen-zeitung.de

.....
VON CLAUD DÖRING

DER BIS HEUTE ANHALTENDE ERFOLG
DER AGENDA 2010 WÄRE OHNE DIE
WÄHRUNGSUNION NICHT MÖGLICH
GEWESEN.